

Fraktionserklärung Bürger-Aktiv/Ödp Oktober 2011 zum Eckdaten-Beschluss für die Haushaltsjahre 2012/2013

Heute wird der wichtigste Beschluss zum Haushalt gefasst, da bereits heute die Hauptweichenstellungen für den Haushalt erfolgen.

Deswegen ist es notwendig heute Grundsätzliches zum Haushalt zu sagen.

Wir stellen den Antrag: die ursprüngliche Version der **Drucksache-Nr. 2011/224** weiter zu verwenden.

Begründung: wir können diese Eckdaten nicht beschließen, sondern können sie nur zu Kenntnis nehmen. Durch einen Eckdatenbeschluss wären die noch anstehenden Haushaltsberatungstermine überflüssig, weil dadurch kein Spielraum mehr gegeben ist.

Sollte entfallen: Nachstehende Eckdaten für einen Doppelhaushalt 2012/2013 werden beschlossen und die Verwaltung beauftragt, den Haushaltsentwurf auf folgender Grundlage weiterzubearbeiten und aufzustellen:

Nachstehende Eckdaten für einen Doppelhaushalt 2012/2013 **werden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung eingebracht** und die Verwaltung beauftragt, den Haushaltsentwurf auf folgender Grundlage weiterzubearbeiten und aufzustellen:

Angesichts der sehr komplexen Haushaltsberatungen wäre zur Erarbeitung der Eckdaten eine intensivere Beratung des Gemeinderates sinnvoll, um die einzelnen Themen entsprechend gründlich vorzubereiten. Leider ist das gesamte Verfahren nicht wirklich transparent und auch nicht bürgernah.

Eine Stadt kann nicht nur über Zahlen definiert werden, es sind die Menschen die durch unsere Entscheidungen direkt und indirekt betroffen sind.

Bei Recherchen im Internet finden sich sehr viele Kommunen die so genannte Bürgerhaushalte erstellen.

In Karlsruhe haben z.B. Grüne und Freie Wähler den Bürgerhaushalt gefordert. Durch den Bürgerhaushalt sollten die Bürger mehr Mitspracherecht erhalten.

Dort gab es dann zwar Aussagen wie "Wir würden die Bürger damit überfordern". Nach dem Motto: „die können nur wählen“.

Aber in der **Gesamtschau** ergibt sich doch ein sehr positives Bild bei den schon praktizierten **Bürgerhaushalten**.

Als Beispiel der Kölner Bürgerhaushalt:

Die Kölnerinnen und Kölner können sich an den Haushaltsberatungen der Stadt beteiligen - mit dem Kölner Bürgerhaushalt "Deine Stadt - Dein Geld!"

In Friedrichshafen ist das noch undenkbar. Hier gibt es nur eine Info-Veranstaltung.

Auch die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR beziehungsweise „Kommunale Doppik“) die laut Gesetzesbeschluss bei allen baden-württembergischen Kommunen spätestens bis zum Jahr 2016 vorgesehen ist, wird hier in Friedrichshafen wahrscheinlich nicht so schnell umgesetzt werden.

1. zum städtischen Haushalt

Verwaltungshaushalt

- Dass die Änderungsvorschläge zur weiteren Einnahmeerhöhung dem Gemeinderat vorgelegt werden halten wir für dringend erforderlich.
- der Entwurf des Investitionsprogramms soll zwar die Grundlage des Haushaltsplanentwurfes bilden.

Bei den derzeitigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Prognosen sehr schwer zu stellen. Der Text der Stadt- und Stiftungspflege ist geprägt durch Worte wie Schätzungen, Projektionen, Schwankungen und Annahmen. Die weltwirtschaftlichen Turbulenzen an den Finanzmärkten und die Eurokrise haben also auch Auswirkungen auf die Formulierungen der Kämmerei.

Damit sind die Prognosen für den Finanzausgleichs und die Gewerbesteuern mit Vorsicht anzunehmen und das noch im Vorgriff auf zwei Jahre. Sämtliche Annahmen der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beinhalten noch erhebliche Unsicherheiten.

Auch das Regierungspräsidium Tübingen stellt fest, dass die Stadt in ihren Anstrengungen um eine nachhaltige Stärkung des Verwaltungshaushalts nicht nachlassen darf.

Wegen der von der Stadt eingegangenen Bürgerschaftsverpflichtungen ist eine Stärkung der Ertragskraft des **Verwaltungshaushalts** notwendig.

Die Unausgeglichenheit des Verwaltungshaushalts ist kein neues Problem, sondern hängt eindeutig mit dem Bau der „Neuen Messe“ zusammen.

Die Notwendigkeit der erheblichen Haushaltsdisziplin welche uns jetzt auferlegt wird, hat hier ihren Grund.

Die Handlungsspielräume der Stadt sind durch das Jahrhundertprojekt „Neue Messe“ und seine Folgeprojekte (neue Hallen) extrem belastet.

Eine tatsächliche und politische Gestaltungsfähigkeit mit eindeutigen politischen Schwerpunkten ist dadurch heute und in nächster Zukunft reines „Wunschdenken“.

Klar ist uns allen, dass die Abdeckung des Grundbedarfs und die Durchführung dringender Maßnahmen z.B. Maßnahmen des Brandschutzes und zur Beseitigung von Legionellen oberste Priorität haben müssen.

Alle Dezernate haben die für die Gr. 5, 6 und 7 des städtischen VWH festgelegten Vorgaben aufgrund begründeter zwingender Maßnahmen gleichermaßen um jeweils rd. 5 % überschritten. Welche begründeten und zwingenden Maßnahmen das waren, wird nicht erläutert. Stattdessen werden Einnahmeverbesserungen vorgeschlagen.

Vermögenshaushalt

Grundlage soll ist das vom Gemeinderat beschlossene Investitionsprogramm sein.

Dass aber als Richtwert für das Investitionsprogramm ein pauschaler Betrag von ca. 11 Mio. € festgelegt werden soll, ist nicht sinnvoll. Das entspricht nicht den praktischen Erfahrungen. Die Höhe der Bausumme ist nicht entscheidend für den Umfang der sie auslösenden Verwaltungsleistungen.

Wenngleich es sinnvoll wäre keine Haushaltsreste zu produzieren sollte nicht ein Richtwert in €-Beträgen festgelegt werden das sollte über andere Kenngrößen ermittelt werden.

Mit großem Interesse haben wir vernommen, dass sich das Volumen sowohl am finanziell Machbaren als auch am Leistbaren zu orientieren wird, um damit auch dem Anspruch einer **gründlichen Bauherrenfunktion** der Stadt gerecht zu werden.

Eine gründliche Bauherrenfunktion stellt sich aber nicht nur über Neubauten dar. Ganz wesentlich ist der vorsorgliche Umgang mit dem Bestand. Zum Beispiel die Instandsetzung und – Haltung, aber natürlich auch Maßnahmen die der Energieeffizienz dienen. Da gab in den vergangenen Jahren ziemliche Versäumnisse-

Die in „sachlogischer Priorisierung“ aufgeführten Bauvorhaben sollten noch mal detailliert diskutiert werden.

Unverständlich ist, dass z.B. die Ausgestaltung und Notwendigkeit für das Hallenbad im Sportpark in Abhängigkeit zum Fortschritt des Thermal- und Erlebnisbades Fischbach zu beurteilen ist. Die Pressemitteilung der letzten Woche waren für uns jedenfalls Alarmzeichen.

Bei den Altlastenbeseitigungen im Gewerbegebiet „Am Flughafen“ sollten die aufgewendeten Haushaltsmittel in jedem Falle den nächsten Nutzern in Rechnung gestellt werden. Hier scheint eine Leistbarkeit der Maßnahme gegeben. Immerhin 7 Mio. € und somit auf 1/3 der möglichen Investiven Maßnahmen für 2012 +2013. Das bedeutet hoffentlich nicht, dass dann keine weiteren Investitionen getätigt wird, da ja pro Jahr nur noch 11 Mio. € investiert werden sollen.

Für **die Mehrzweckhalle Kluftern** läuft derzeit ein Wettbewerb zur Auswahl geeigneter Architekturbüro und die Haushaltsmittel (hoffentlich auch die Leistbarkeit) sind hierfür vorhanden. Hier muss die Stadt zu ihrem Wort stehen.

In der Eckdaten-Sitzung am 22.02.2010 waren Ihre Worte Herr OB

In den Haushalten 2010 und 2011 sind die Sporthallen nicht enthalten. Aber die Sporthalle Kluffern sei für das Jahr 2012 vorgesehen.

Das heißt: Der Ortsteil Kluffern bekommt nach dem MWZ eine MZH.

Wenn wir **Ortsmitten** für die Bürger anbieten wollen, muss auch die Erschließung stimmen, unabhängig von als wesentlich erachteten übergeordneten Projekten wie B 31 und Südbahn.

Deshalb ist es dringend notwendig z.B. in Fischbach vorzugsweise für eine Unterführung (z.B. für Planungsleistungen usw.) Mittel in den Haushalt einzustellen.

Es reicht eben nicht im TA am 11.10.2011 und heute im GR einen Bebauungsplan auf den Weg zu bringen und uns vermitteln zu wollen, dass damit keinerlei Baumaßnahmen sein werden.

Immer wieder wird beteuert, dass wir an der Ansiedlung junger Familien interessiert sind, aber für Fischbach werden nicht die nötigen Konsequenzen gezogen. Das neue Baugebiet Muntenried II und weitere Baugebiete sind im Wachsen. Auch die Fa. Ostermann wird wieder hier bauen.

Hier muss eine gute behindertengerechte Verbindung zwischen den Wohn-Quartieren Spaltenstein und Fischbach östlich der Bahnlinie und der neuen Ortsmitte und dem Schul-Standort Fischbach geschaffen werden.

2. zum Haushalt der Zeppelin-Stiftung

Verwaltungshaushalt:

Die Einnahmen aus Dividenden der ZF Friedrichshafen AG, der Luftschiffbau Zeppelin GmbH und der ZEPPELIN GmbH werden für die Jahre 2012 und 2013 auf insgesamt 43,14 Mio. EUR festgesetzt. Es kann mit Zinseinnahmen in Höhe von 3,5 Mio. Euro kalkuliert werden.

Vermögenshaushalt:

Und jetzt kommt eine ganz neue Sicht der Dinge, nämlich die „KONZERNBETRACHTUNG STADT F(RIEDRICHSHAFEN)N“.

Heißt also, die Stadt (mit Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) steht zwar finanziell sehr schlecht da (), aber weil bei der Stiftung zu viel Geld vorhanden ist, bauen wir mal `ne „private“ Elite-University.

Bereits in den vergangenen 5 Jahren hat die Stiftung die ZU mit rund 1,3 Mio. € jährlich bezuschusst.

Wir leisten hier eine starke Subventionierung der ZU mit einem sehr beeindruckenden Volumen. Zunächst kommt der Bau mit mindestens 21 Mio. € und dann Mieten und weitere Folgekosten.

Das Produkt University ist weder mildtätig noch gemeinnützig und ist nicht mit dem Wohltätigkeit-Zweck der „Zeppelin-Stiftung“ vereinbar.

Selbst wenn die Satzung () in 2007 geändert wurde, ist der Zweck der Stiftung und der Wille des Stifters hier nicht erfüllt.

Bei den Beschlussvorlagen der Zeppelin-Stiftung wird ja immer ein Gemeinnützigkeitsrechtlicher **Unbedenklichkeitsvermerk** dargestellt:

hier müsste stehen:

Der Beschlussantrag entspricht **NICHT** den steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der Abgabenordnung: § 52 Gemeinnützigkeit oder § 53 Mildtätigkeit.

Wir stehen ansonsten voll und ganz hinter den übrigen Finanzierungsvorschlägen und Investitionen im Rahmen der Zeppelin-Stiftung:

1. Bildung / Erziehung - Kinder & Jugend

Ausbau und Generalinstandsetzung der Kindertagesstätten

Molke/Spielehaus (Planungsrate)

2. Altenhilfe

Gesundheitseinrichtungen / Karl-Olga-Park

3. Kunst und Kultur

Sanierung und Erweiterung Schulmuseum

Neukonzeption Zeppelin Museum

Aber eine private Hochschule muss es nicht sein.